

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Juni 2020 Nr. 182

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Wir haben unsere
Lektion gelernt!
Beim nächsten Virus,
das auf dem Luftweg
übertragen wird...
...setzen wir gleich die
Luftwaffe ein!



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Die Corona-Pandemie hat auch den GSoA-Alltag mächtig durcheinandergewirbelt. So mussten wir viele geplante Veranstaltungen – den Ostermarsch, die Regionalgruppen und natürlich auch die Vollversammlung – absagen. Trotzdem konnten wir unsere Anliegen weiterverbreiten, sei es digital oder Anfang März noch auf der Strasse, wie auf dieser Seite ersichtlich ist. Auch die Pandemie selbst hat uns natürlich beschäftigt: Auf Seite 3 befassten wir uns mit dem Armeeeinsatz und mit realen Bedrohungsszenarien.

Durch den Lockdown wurde schliesslich auch die Einreichung des Kampffjet-Referendums und die Lancierung des Referendums zur Rettung des Zivildienstes nach hinten verschoben. Dies und alle weiteren Neuigkeiten zum Schweizer Politreiben findet ihr auf den Seiten 4 und 5. Auf Seite 6 blicken wir über die Landesgrenze hinaus zur EU-Aussengrenze und in die USA, die neu Landminen wieder in ihr Kriegsarsenal aufnehmen wollen. Natürlich gibt es auch einen Überblick über die aktuellen Kriegsmaterialexporte der Schweiz – vorneweg: Sie sind besorgniserregend. Auf den beiden letzten Seiten 7 und 8 wird es zum Schluss etwas geheimniskrämerisch: Es geht um die Cryptoaffäre, um IMSI-Catcher und um die Fiche der GSoA.

Bleibt gesund und gute Lektüre!

Judith Schmid und das Redaktionsteam

VOLLVERSAMMLUNG

Verschoben ist nicht aufgehoben

(ab) Unsere Vollversammlung hätte am 26. April 2020 im Restaurant Kreuz in Solothurn stattfinden sollen. Aufgrund der aktuellen Krise musste jedoch auch die VV verschoben werden.

Wir hoffen nun, euch im Herbst zu sehen, damit wir gemeinsam auf die Aktionen des vergangenen Jahrs zurückschauen zu können. Weitere Themen werden natürlich die Abstimmungen im November sein. Voraussichtlich werden wir da über das neue Zivildienstgesetz und über die Kriegsgeschäfte-Initiative abstimmen.

Wir freuen uns, euch zahlreich am 25. Oktober in Solothurn begrüessen zu dürfen! Die Einladung und das offizielle Programm wird nach den Sommerferien auf unserer Website zu finden sein.

KRIEGSMATERIALEXPORTE

Menschenleben vor Profit!

Für die Rüstungsindustrie war 2019 ein Rekordjahr – die Exporte stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 43 Prozent. An der Medienkonferenz des Seco protestieren GSoA-AktivistInnen gegen das Geschäft mit dem Tod. Von Nadia Kuhn

Am 3. März 2020 präsentierte das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) in Bern die Zahlen der letztjährigen Kriegsmaterialexporte: Entgegen dem Lamento der Rüstungslobby, die «strengen Exportbestimmungen» würden dazu führen, dass die Schweizer Rüstungsindustrie darben müsse, hat die Schweiz 2019 Waffen im Wert von 728 Millionen Franken ins Ausland verkauft. Das entspricht dem höchsten Wert seit dem Rekordjahr 2011 und einer Steigerung von 43 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Waffenexporte sind per se hochproblematisch,

denn Waffen werden dazu konzipiert, Menschenleben auszulöschen – möglichst viele, möglichst effizient. Besonders bedenklich sind dabei die Lieferungen an Staaten, die in Kriege verwickelt sind oder in denen Menschenrechte massiv missachtet werden. So lieferte die Schweiz beispielsweise auch 2019 weiter Waffen an Akteure im Jemen-Krieg wie Saudi-Arabien oder Bahrain.

Doch diese Medienkonferenz ging nicht so ungestört über die Bühne, wie das Seco sich dies wohl gewünscht hätte. GSoA-AktivistInnen aus verschiedenen Ecken der Schweiz hatten sich eingefunden, um gegen die massive Steigerung der Kriegsmaterialexporte zu protestieren. Vor dem Eingang des Medienzentrums machten sie darauf aufmerksam, dass Waffenexporte nicht nur Zahlen des Seco sind, sondern dass diese Exporte töten.

Aktion von GSoA-AktivistInnen gegen den massiven Anstieg der Schweizer Waffenexporte. (Bild: GSoA)



ENAAAT

Gegen die Rüstungsindustrie

Das Jahrestreffen der europäischen RüstungsgegnerInnen vom european network against arms trade (Enaat) fand dieses Jahr in Amsterdam statt. Von Adi Feller

Noch vor den Corona-bedingten Reisebeschränkungen fuhr die GSoA-Delegation Ende Februar per Zug nach Amsterdam. Die Enaat-Jahrestreffen finden abwechselnd in europäischen Städten statt und bieten gute Gelegenheit, verschiedenste in der Friedensarbeit tätige Menschen und Organisationen kennen zu lernen. Diesmal waren wir zu Gast bei der niederländischen Campagne tegen Wapenhandel. Am Abend des ersten Tages gab es eine öffentliche Podiumsdiskussion über das Engagement gegen den Waffenhandel mit spannenden Fragen und Diskussionsbeiträgen aus dem Publikum. Die beiden weiteren Tage fanden in einem kleineren Rahmen statt, waren aber ebenso reich an spannenden Präsentationen und Diskussionen. Besonders interessant waren die Jahresberichte der Aktivitäten der einzelnen Organisationen in ihren Ländern, von Spanien bis Schweden und von Eng-

land bis Tschechien. Nicht fehlen durfte auch ein Fokus auf die gesamteuropäischen Entwicklungen, präsentiert von in Brüssel beheimateten AktivistInnen, die dort insbesondere auch aktiv sind, um dem Lobby-Zirkus der Rüstungsindustrie eine friedenspolitische Sicht entgegenzusetzen.

Europäischer Aktionstag

Befruchtend war der Austausch über laufende Kampagnen und die unterschiedlichen Entwicklungen, was Exportbeschränkungen oder eben weiter laufende Exporte in Kriegsgebiete angehen. Eines der schönsten Beispiele für gemeinsame Aktivitäten sind die erfolgreichen Aktionen gegen saudische Waffensammelschiffe (vgl. letzte Ausgabe der GSoA-Zitig), die konkret Waffenlieferungen verhindert haben. Viel besprochen wurde der Aktionstag zum traurigen Jahrestag des Beginns des Jemen-Krieges vor fünf Jahren, für den europaweit mobilisiert wurde. Solche Aktionen und der Austausch darüber stärken die Bewegung und motivieren für weitere Jahre aktivistischer Tätigkeit.

Digitale Aktion gegen die Schweizer Beteiligung im Jemenkrieg. (Bild: GSoA)



DIGITALE AKTION

«War in Yemen – Made in Europe»

Während grosse Teile der Welt die Ankunft des Coronavirus mit voller Wucht erlebten, jährte sich am 25. März der Beginn des Jemenkrieges zum fünften Mal. Die GSoA beteiligte sich darum an einem europäischen Aktionstag. Von Laura Riget

Seit 2015 herrscht im Land ein blutiger Krieg, der direkt beinahe 100'000 Tote gefordert hat, darunter mindestens 12'000 ZivilistInnen das Leben gekostet und dazu geführt hat, dass 24 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen sind. Schutz vor Bomben und Nahrung aufzutreiben lauten hier die Prioritäten anstatt Social Distancing und Hände waschen. Ein vergessener Krieg, der in den letzten Wochen noch mehr in Vergessenheit geriet als vorher.

Um trotz der aussergewöhnlichen Situation in Europa den öffentlichen Druck auf die Politik hoch zu halten und diese unhaltbare Situation anzuprangern, wurde auch dieses Jahr der Aktionstag zum Jemenkrieg durchgeführt – und zwar online. Friedenspolitische und Menschenrechts-Organisationen aus ganz Europa haben

am Online-Aktionstag teilgenommen, unter dem Titel «War in Yemen – Made in Europe». Denn Europa und auch die Schweiz tragen eine grosse Mitverantwortung an dieser Tragödie: Seit Jahren exportieren europäische Länder Waffen im Wert von mehreren Milliarden Euro in die Region. Allein im ersten Quartal 2020 genehmigte das Seco Waffenexporte für knapp eine Million Schweizer Franken nach Saudi-Arabien, das die Militäroffensive im Jemen anführt. Auch Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate, welche ebenso im blutigen Jemen-Konflikt involviert sind, wurden mit Schweizer Rüstungsgütern beliefert. Menschen in ganz Europa wurden somit aufgerufen, Fotos von sich mit Forderungen wie «Keine Unterstützung der von Saudi-Arabien angeführten Kriegscoalition!» oder «Stoppt die Waffenexporte in den Jemen-Krieg!» in den sozialen Medien zu teilen. Auch die GSoA hat an der Aktion teilgenommen, um den Schweizer Waffenhandel und das heuchlerische Verhalten der politischen Mehrheit zu kritisieren. Wie immer mit der Hoffnung, dass dieses das letzte Jahr sein wird.

MOBILMACHUNG

Die Armee in Zeiten von Covid-19

Die Armee schickte 5000 Soldaten zur Unterstützung ziviler Institutionen im Kampf gegen Covid-19 und erhielt dafür viel Lob und Zuspruch. Die Kritik liess aber ebenfalls nicht auf sich warten. Eine Einordnung. Von Magdalena Küng

Die Covid-19-Krise und den Umgang, den die Schweiz mit ihr fand, wird uns noch lange beschäftigen. Zu Beginn der Krise war der Konsens gross, dass der Staat möglichst alle ihm zur Verfügung stehenden Kräfte für die Bekämpfung der Pandemie mobilisieren sollte. Das Angebot der Armee, die zivilen Behörden zu unterstützen, wurde von den meisten äusserst positiv aufgenommen. Viele freuten sich über die Möglichkeit, den Zweck der Armee bestätigt zu sehen. Kurz darauf aber wurden erste Stimmen publik, die die eingesetzten Truppen wegen der hohen Ansteckungsgefahr als Virenfallen bezeichneten, die den zivilen Behörden eher eine Last als eine Erleichterung seien und ohnehin meist nicht zum Einsatz kämen. Sogar einzelne Vertreter der Gruppe Gardino befanden, die Armee sei nicht geeignet für den Einsatz an der Corona-Front.

Mobilisierung war nicht falsch, aber auch nicht richtig

Generell kann man die Kritiken in drei Stossrichtungen einteilen: Es wird gefragt nach der Notwendigkeit der Mobilisierung, nach dem Nutzen der Armee in einer Pandemie und nach der Umsetzung der Mobilisierung. Der erste Punkt ist schnell abgehandelt: Rückblickend kann man davon ausgehen, dass der Einsatz der Armee den Verlauf der Krise nicht in relevantem Masse beeinflusst hat. Das Gesundheitssystem ist nicht zusammengebrochen, die

Grenzen brauchten aufgrund der leeren Strassen kaum mehr Kontrollpersonal, für die Versorgung isolierter Personen hat sich die Zivilgesellschaft eingesetzt. Dass nicht mehr Assistenzpersonal notwendig war, hat aber eher mit der Pandemie selbst zu tun, die in der Schweiz weniger schlimm ausfiel als befürchtet. Prophylaktisch alle möglichen Vorkehrungen zu treffen – und dazu gehört in einem Land, dass sich an der obligatorischen Wehrpflicht festklammert als wäre sie der institutionalisierte heilige Gral, eben auch die Armee – war nicht falsch. Ob die Armee aber für die Bekämpfung und Eindämmung von Covid-19 auch wirklich geeignet war, führt zum zweiten Kritikpunkt. Diese Frage muss differenziert angegangen werden. Tatsächlich verfügt die Armee gemäss der letzten Auszählung über 26'000 Personen,

die in Truppen eingeteilt sind, die nicht ausschliesslich für Kampfeinsätze einsetzbar wären. Dazu gehören insbesondere die Rettung, die Sanität, die ABC-Abwehr, die Logistik, die Militärpolizei oder auch die Genietruppen. Innerhalb dieser Formationen aber sind es wohl weit weniger Personen, deren militärische Ausbildung direkt in einer nicht-militärischen Bedrohungslage eingesetzt werden kann.

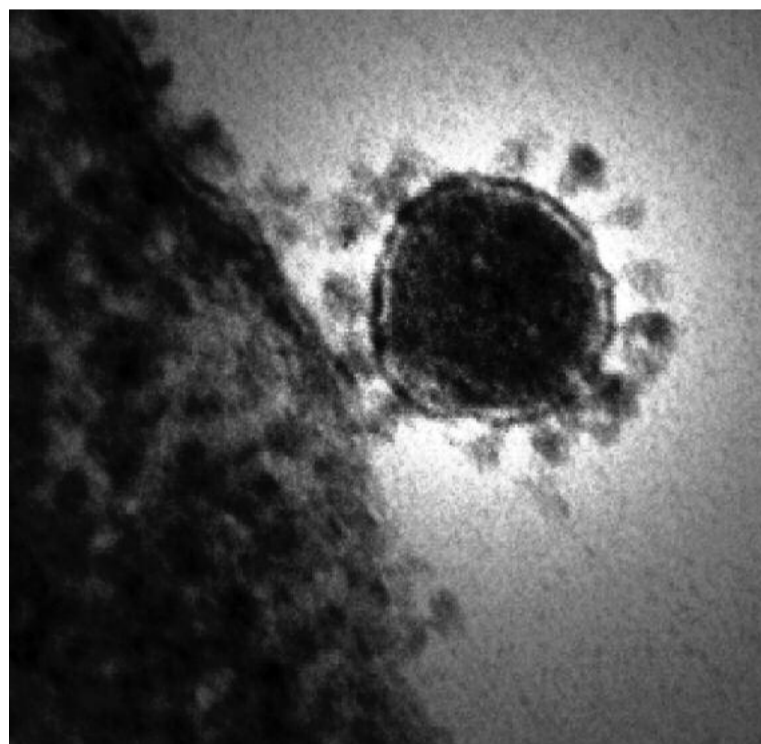
Armee ist nicht die richtige Antwort

Und auch wenn die Armee über äusserst effiziente Mobilisierungsmöglichkeiten verfügt, so sind ihre Strukturen doch denkbar ungeeignet für zivile Einsätze. Dies unter anderem auch, weil eine Vereinbarkeit von privaten, familiären oder beruflichen Pflichten mit der Dienstpflicht nicht vorgesehen ist – und das führt

zwangsläufig zu Ausfällen, die von Systemen ausserhalb des Militärs gedeckt werden müssen. Für nicht-militärische Bedrohungen kann die Armee also häufig eigentlich nur eine Verlagerung anbieten, nicht aber eine gesamtheitliche Entlastung.

Der letzte Kritikpunkt bezieht sich vor allem auf die – zugegebenermassen grossartige – Medienarbeit, die die Armee in den letzten Monaten leistete. Sie schaffte es, dass die 4000 Zivildienstleistenden, die im Sozial-, Gesundheits- und Schulbereich tätig sind und durch ihre Erfahrung und Vertrautheit mit den jeweiligen Systemen eingespielte Assistenzfunktionen übernehmen können, praktisch ungeschoren blieben. Auch der Einsatz des Zivilschutzes blieb im Hintergrund. Dass das VBS mehr Ressourcen hat, um professionelle Imagepflege zu betreiben, ist klar. Ob es gerechtfertigt war, die eigene Rolle so zu glorifizieren, ist mindestens stark bestreitbar.

Reale Bedrohung, die den Armeen nicht ins Konzept passt. (Bildnachweis Seite 8)



BEDROHUNGSANALYSE

Das grosse Versagen

Die Covid-19-Krise kam nicht aus dem Nichts. Sie war vorhersagbar. Und trotzdem waren wir beschämend schlecht vorbereitet. Wegen der ideologischen Fixierung der Sicherheitspolitik auf unrealistische Bedrohungsszenarien sind wir um ein Haar an einer noch grösseren Katastrophe vorbeigeschlittert. Von Andreas Weibel

Zahlreiche ExpertInnen warnen bereits seit Jahren, dass früher oder später eine Pandemie die Welt erfassen wird. In den letzten zwanzig Jahren sind wir mindestens drei Mal knapp daran vorbeigeschrammt. Der Risikobericht des Bundesamts für Bevölkerungsschutz von 2015 warnte eindringlich, dass eine Pandemie (zusammen mit einem längeren Stromausfall) das grösste Risiko für die Schweiz darstellt. Die Eintretenshäufigkeit einer Pandemie schätzte der Bericht auf alle 30 bis 100 Jahre. Das heisst, sie war statistisch gesehen überfällig.

Miserable Vorbereitung

Die bürgerlichen SicherheitspolitikerInnen und das VBS hatten die eigenen ExpertInnen nie wirklich ernst genommen. Das Resultat davon:

Die Armee hat in den letzten Jahren sieben ihrer acht Militärspitäler geschlossen. Das einzige verbliebene Spital in Einsiedeln stellte sich entgegen früheren Beteuerungen als nicht geeignet für die Betreuung von Pandemie-PatientInnen heraus. Der Sanitätsdienst des Zivilschutzes wurde 2004 abgeschafft. Einen nennenswerten Vorrat an Schutzmaterial hatte die Schweiz nicht, auch keine Kapazität, um selbst Schutzmaterial herzustellen. Eine geplante Reserve an Betten auf Intensivstationen gab es nicht. Für einige Wochen im März und April stand das Schicksal der Schweiz auf der Kippe. Hätte der Bundesrat nicht rechtzeitig und beherzt radikale Einschränkungen des öffentlichen Lebens beschlossen; hätte sich die Bevölkerung nicht verantwortungsvoll und mit viel Solidarität der Situation gestellt; wäre das Virus nur ein paar wenige Prozentpunkte ansteckender oder die Hospitalisierungsrate höher gewesen¹; würde das Virus bei jüngeren Menschen nicht meist einen harmlosen Verlauf nehmen; wären wir nicht durch die Situation in Wuhan und später Norditalien vorgewarnt gewesen; hätten wir nicht in letzter Minute Schutzmaterial aus China importieren können – wenn alle diese Fak-

toren nicht auf unserer Seite gewesen wären, wäre das Gesundheitssystem der Schweiz zusammengebrochen und wir hätten zehntausende Tote zu beklagen gehabt.

Die Sicherheitspolitik hatte andere Prioritäten. Wir haben massenhaft Ressourcen investiert, um uns auf einen Luftkrieg mit Österreich vorzubereiten, aber wir waren nicht bereit, dem Personal im Gesundheitswesen die Ressourcen bereitzustellen, um im Pandemiefall um das Leben aller PatientInnen zu kämpfen. Wir haben Schützenpanzer gehortet, aber keine Schutzmasken. Wir hatten massenhaft Maschinengewehre an Lager, aber keine Beatmungsmaschinen. Wir haben jedes Jahr Tausende Männer an der Waffe ausgebildet, aber nicht in der Pflege.

Sorgen wir für wahre Sicherheit

Pandemien sind nicht das einzige Bedrohungsszenario, das die Sicherheitspolitik bisher ignoriert hat. Jeden Moment könnte die Schweiz ein Erdbeben treffen, das Zehntausende Todesopfer fordert. Ein mit Chlorgas gefüllter Zug könnte im Wallis oder im Genferseegebiet verunglücken und die Menschen in einem Radius von zweieinhalb Kilometern töten. Die Klimakatastrophe wird zu Hitzewellen, Wassermangel und Waldbränden führen, wie wir sie in der Schweiz bisher nicht kannten.

Milliarden für Luxus-Kampffjets auszugeben, für die es kein plausibles Bedrohungsszenario gibt, macht einfach keinen Sinn. Die Schweiz wird in absehbarer Zeit keinen Luftkrieg gegen Österreich führen. Investieren wir besser in wirkliche Sicherheit. Sorgen wir dafür, dass die Walliser Industrie das Chlor vor Ort produziert. Bauen wir ein dezentrales, erneuerbares Energienetz, das Stromausfälle verunmöglicht. Und bereiten wir uns besser auf die nächste Pandemie vor. Denn ein Virus, das noch gefährlicher ist wie Covid-19, wird mit Bestimmtheit kommen.

¹Zum Vergleich: Das Masernvirus ist rund zehnmal ansteckender als Covid-19. Und frühere Coronaviren waren dreissigmal tödlicher.

SWISSCOY

Der Militäreinsatz, der nicht enden will

Der Bundesrat will ab April 2021 die maximale Kapazität des Kontingents für den Swisscoy-Einsatz auf 195 Personen erhöhen. Das Parlament wird in seiner nächsten Session darüber befinden. Die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats hat bereits verlauten lassen, sie würde die Vorschläge des Bundesrats annehmen.

Von Aline Bressoud

Gemäss Bundesrat erfordert die politische Situation und die Sicherheitslage weiterhin die Anwesenheit der Kosovo Force (KFOR) zur Gewährleistung von Stabilität und Sicherheit im Kosovo. Aufgrund dieses Sicherheitsarguments wird seit über 20 Jahren die Militärpräsenz im Kosovo gerechtfertigt. Die Schweiz nimmt seit 1999 an diesen Operationen zur sogenannten «Friedenssicherung» teil, indem sie ein Kontingent an freiwilligen Militärangehörigen, die Swisscoy, an die KFOR entsendet.

Diese ist eine multinationale militärische Formation unter der Leitung der Nato. Ebenfalls seit über 20 Jahren kritisiert die GSoA diese Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der Nato. Der globale Neomilitarismus, der unter der Ägide der Nato errichtet wurde, hat schon immer im Interessen der Mächte gehandelt, aus denen das Bündnis zusammengesetzt ist.

Ein falsches Sicherheitsargument

Das Argument der Sicherheit ist also das Leitmotiv, das den Militäreinsatz rechtfertigt. Die Sicherheitslage hat sich jedoch in den letzten Jahren gerade deshalb so wenig verändert, weil internationale bewaffnete Truppen sich vor Ort befinden, was einer paternalistischen Bevormundung gleichkommt. Die Truppen ersetzen lokale Akteure, verhindern die Entwicklung

der lokalen Behörden und deren Akzeptanz durch die Bevölkerung. So wird die Inkohärenz der Schweiz bezüglich des Kosovos offensichtlich: Die Schweiz war eines der ersten Länder, das den Kosovo als unabhängiges Land anerkannt hatte und somit auch das Gewaltmonopol durch die lokalen Behörden. Gleichzeitig engagiert sie sich militärisch, um die Staatsgewalt zu sichern und aberkennt dem Staat so teilweise dieses Monopol.

Schliesslich ist dieser Einsatz bloss ein fruchtloser Versuch, die Schweizer Armee zu legitimieren. Es ist dringend nötig, das Geld, welches für die Militärpräsenz ausgegeben wird, in zivile Projekte für Entwicklung und Zusammenarbeit zu investieren. Investitionen in Bildung und soziale Sicherheit sind der einzige Weg, um die Stabilität der lokalen Behörden zu garantieren.

Zwischenstand

Zivildienstreferendum

(kp) Die Er kämpfung des Zivildienstes war ein langwieriger und zäher Prozess. Trotz harter Strafen verweigerten jährlich immer mehr Männern den Militärdienst. Nicht einmal 25 Jahre alt ist der Zivildienst geworden und schon versuchen bürgerlich-konservative Kräfte diesen wieder abzubauen. Der Bundesrat präsentierte verschiedene Verschärfungen nach dem Motto: Wer einmal in der Armee ist, soll auch bleiben. Aufgrund der ausserordentlichen Covid-19-Lage wurde der Entscheid gefällt, die parlamentarische Frühjahrssession auszusetzen. Die Verschiebung der Geschäfte bedeutet, dass die Verschärfungen im Zivildienst noch nicht beschlossen wurden. Folglich gibt es auch vorerst keine Referendumsfrist. Im Hintergrund laufen die Vorbereitungen für ein Zivildienstreferendum aber fleissig weiter.

In der Covid-19 Krise zeigt sich sehr gut, dass man mit Panzern und Raketen keinen Virus besiegen kann. An Stelle einer militaristischen Kampfhaltung braucht es zivile Alternativen, welche sich in Sozialberufen bereits auskennen. Viele der tausenden Zivildienstleistenden sind entsprechend ausgebildet und damit bestens vertraut mit dem Gesundheitswesen.

Sobald sich das Parlament wieder trifft und definitiv gegen den Zivildienst wendet, ist das Referendum sicher. Eine erste Aktion für den Erhalt des Zivildienstes gab es bereits zu Ostern. Mit der Parole «Zivildienst retten» zeigten dutzende UnterstützerInnen Gesicht gegen die geplanten Verschärfungen.

SÖLDNERGESETZ

Zuerst die Wirtschaft, dann die Menschenleben

Die Rechts- und Vertragssicherheit sind wichtige Institutionen. Sie zu verwenden, um fragwürdigste Exporte und Dienstleistungen zu erlauben, ist zynisch. Die Firma Pilatus tut genau das. Von Magdalena Küng

«Wir können doch nicht einfach verschwinden», antwortete der Verwaltungsratspräsident des Flugzeugherstellers Pilatus Oscar Schwenk letzten Sommer auf die Frage der Neuen Zürcher Zeitung, ob das Unternehmen die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Saudi-Arabien nicht schon längst hätte einstellen sollen. Für die Trainingsflugzeuge, die Pilatus an die VAE und Saudi-Arabien verkauft hat, laufen noch War-

tungsverträge. Dass sich beide Länder seit Jahren aktiv am Jemenkrieg beteiligen scheint Pilatus nicht zu stören. Diese Wartungen hat das eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) als eine logistische Unterstützung von Streitkräften im Sinne des Bundesgesetzes über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen (BPS) eingestuft und verboten, weil sie nicht mit den aussenpolitischen Zielen der Schweiz vereinbar sind. Pilatus hat sich medienwirksam dagegen gewehrt und mit der Berufung auf notwendige Rechtssicherheit für Exportfirmen viel Sympathien im Parlament abholen können. Eine Anpassung des BPS wird von verschiedenen Seiten gefordert.

Scheiteilung

Die ganze Sache rückt aber auch ins Bewusstsein: Die Kategorie der «besonderen militärischen Güter», die nicht unter Kriegsmaterial fallen, ist eine Farce. Die Trainingsflugzeuge von Pilatus werden als solche «besonderen militärischen Güter» behandelt. Nur so konnten sie überhaupt je in Länder wie Saudi-Arabien oder die VAE exportiert werden, da für diese Kategorie laschere Exportbedingungen gelten als für Kriegsmaterial. Dass das EDA nun zum Schluss kommt, dass diese Exporte dennoch nicht mit den aussenpolitischen Zielen vereinbar sind, bringt die ganze Absurdität der «besonderen militärischen Güter» zu Tage.

MITHOLZ

Ein höchst explosiver Schlamassel

Immer wieder kommen Altlasten der Schweizer Armee zum Vorschein. Das aktuellste Beispiel sind die 3500 Tonnen scharfer Munition, welche noch immer in Mitholz verborgen liegen. Doch auch die Verschmutzung der Seen durch Armeearbfälle hat bis heute schwerwiegende Folgen für unsere Ökosysteme.

Von Lewin Lempert

Im Jahr 1947 kam es im Munitionslager Mitholz im Kandertal zu einer schweren Explosion, wobei aber nicht sämtliche Munition explodierte und bis heute 3500 Tonnen explosive Munition unter Geröllmassen verschüttet liegen blieben. Über mehr als 70 Jahre kamen die zuständigen Behörden insbesondere aus dem Militärdepartement zum Schluss, dass man die verschüttete Munition einfach liegen lassen kann. 2018 dann die Hiobsbotschaft: Es besteht ein erhöhtes Risiko für weitere massive Explosionen. Anfang 2020 informierte das VBS, dass für die nötige Räumung alle 170 Bewohnerinnen und Bewohner ihr Dorf Mitholz für zehn Jahre verlassen müssen. Zudem koste die Räumung gemäss aktueller Schätzung eine Milliarde Franken.

Verschmutzte Schweizer Gewässer

Doch nicht nur alte Munitionsbestände in Mitholz geben Anlass zur Sorge. In vielen Schwei-

zer Seen liegen hunderte Tonnen Munition. Die Armee hatte früher bewusst Munition in den Schweizer Gewässern «entsorgt». Das VBS hat bis anhin immer kommuniziert, dass die Munition unter Sedimentschichten verschüttet und geschützt sei und deshalb nicht geborgen werden müsse. Wie die NZZ berichtete, wurden aber nun im Genfersee offene Munitionskisten (einer privaten Rüstungsfirma) entdeckt – ohne Sedimentschicht und 150 Meter von einer Trinkwasser-Entnahmestelle entfernt. Offizielle Schätzungen gehen von 150 bis 1000 Tonnen Munition im Genfersee aus – es weiss also niemand, wie viel Munition wirklich auf dem Grund des Sees liegt. Aufgrund dieser besorgniserregenden Recherche will das VBS nun nochmals überprüfen, wie die Situation in den anderen Schweizer Seen ist und ob es eventuell auch dort besser wäre, die Munition zu bergen. Wie viele Milliarden das kosten würde, ist nicht bekannt. Und wer all die Kosten für die Beseitigung von Armeearb Altlasten übernimmt, bleibt ebenfalls im Dunkeln. Das Verursacherprinzip scheint im VBS jedenfalls noch nicht Einzug gehalten zu haben. Denn eigentlich ist klar: Die Kosten für die Räumung sollten im Rahmen des Armeebudgets finanziert werden. Für eine intakte Biodiversität und zum Schutz der Bevölkerung könnte man ja auf den einen oder anderen Kampfjet verzichten.

Mitholz nach der Explosion im Jahr 1947.
(Bild: Staatsarchiv des Kantons Bern, BB 14.1.408)



KRIEGSGESCHÄFTE-INITIATIVE

Leben kommt vor Profit – Ende der Diskussion

Die Kriegsmaterialfinanzierung erreicht neue Höchststände. Dennoch verwarf der Nationalrat unsere Kriegsgeschäfte-Initiative. Eine ideale Gelegenheit, um auf die Funktionsweise von Kriegsgeschäften, die im Mittelpunkt unserer Initiative stehen, zu blicken. Zudem fragen wir uns, welche Auswirkungen die Corona-Krise auf unsere Forderungen haben wird. Von Thomas Bruchez

Mehr als zehn Milliarden Franken – soviel haben Schweizer Banken in amerikanische Rüstungsfirmen investiert. Viele davon produzieren ebenfalls Atomwaffen, die laut Schweizer Gesetz nicht direkt finanziert werden dürfen. Ihr findet das anstössig? Ganz zu Recht, denn es ist in der Tat anstössig – vor allem wenn man hört, was Bundesrat Guy Parmelin, Vorsteher des Wirtschaftsdepartements, dazu zu sagen hat: «Es ist falsch zu sagen, dass das Finanzierungsverbot so wie es derzeit im Kriegsmaterialgesetz steht, zu schwach ist.» Diese Art von Falschbehauptungen sind Grund dafür, weshalb im März 2020 erneut

Profite über Menschenleben gesiegt haben, als der Nationalrat die Kriegsgeschäfte-Initiative mit 120 gegen 71 Stimmen verwarf.

Spannungen zwischen Iran und USA: Ein Musterbeispiel

Drehen wir das Rad der Geschichte ein wenig zurück, ins Jahr 2008. Damals versuchte die Firma Northrop Grumman seine Drohnen Namens Global Hawk zu verkaufen. Northrop Grumman ist eine amerikanische Firma, die 87 Prozent ihres Umsatzes im Bereich Rüstung erzielt, und die am Bau von Atomwaffen beteiligt ist. Unter anderem wird sie von der UBS und der Credit Suisse finanziert. Um das Pentagon von der Qualität seiner Drohnen zu überzeugen, präsentierte Northrop Grumman ein Konfliktszenario zwischen den USA und dem Iran, das zwischen 2015 und 2020 stattfinden sollte. Das Pentagon ist davon überzeugt und kauft 157 Global Hawks. Im Juni 2019 wurde eine dieser Drohnen über der Strasse von Hormus abgeschossen. Donald Trump erlaubte einen Gegenangriff, änderte aber in

letzter Sekunde seine Meinung, so dass das Verkaufsargument nur um ein Haar nicht zur Realität wurde. Einige Monate später aber tötete die amerikanische Armee bei einem Angriff hochrangige iranische Militärs. Daraufhin schnellte die Aktie von Northrop Grumman um 8 Prozent in die Höhe. Die Credit Suisse besitzt 310'150 Titel dieser Firma. Es ist somit davon auszugehen, dass die Grossbank mit diesem Angriff über 12 Millionen Dollar verdient hat. Die Pensionskassen haben ebenfalls davon profitiert, denn die Titel von Northrop Grumman machen 0,13 Prozent des MSCI World aus, einem der meist replizierten Indizes weltweit.

Diese Geschichte ist ein Musterbeispiel für die Art und Weise, wie Kriegsgeschäfte funktionieren: Die InvestorInnen legen ihr Geld in Fonds an, zu denen auch Aktien von Rüstungsfirmen zählen. Die Kriegsmaterialproduzenten benutzen das ihnen zur Verfügung gestellte Kapital, um Waffen zu produzieren, die sie anschliessend an Staaten oder andere Kriegsführer verkaufen. Am Ende dieser Kette werden die tödlichen Güter in Kriegen und Konflikten

eingesetzt. Somit bereichern sich die Firmen und die InvestorInnen, und gleichzeitig werden Menschen getötet oder zur Flucht aus ihrem Heimatland gezwungen.

Aufschwung für nachhaltige Investitionen durch die Corona-Krise?

Eine der meistangebrachten Kritiken an nachhaltige Fonds ist, dass sie durch den Ausschluss gewisser Investitionen weniger diversifiziert und somit anfälliger seien. Doch die Corona-Krise beweist genau das Gegenteil, denn nachhaltige Indizes erlitten einen weniger starken Rückgang als andere Börsenindizes. So hat beispielsweise im März der nachhaltige MSCI SRI (Socially Responsible Investing) 10,76 Prozent seines Werts verloren, der MSCI World hingegen 13,17 Prozent. Dies wird sich sicherlich positiv auf nachhaltige Investitionen auswirken, haben diese doch in der Schweiz in den letzten Jahren bereits stark zugenommen. 2017 machten sie noch 71,3 Milliarden aus, 2019 waren es bereits 233 Milliarden. Dies ist ein weiterer Beweis dafür, wie angebracht unsere Initiative ist. Es liegt nun an uns, eine überzeugende Kampagne für unser realistisches Vorhaben zu gestalten. Denn es ist nötiger denn je!

KORREKTUR-INITIATIVE

Bundesrat präsentiert Gegenvorschlag

Wie in der letzten Ausgabe der GSoA-Zeitung angekündigt, hat der Bundesrat am 20. März 2020 zwei Varianten eines indirekten Gegenvorschlags zur Korrektur-Initiative in die Vernehmlassung geschickt. Von Moritz Lange

Die beiden vorgeschlagenen Varianten des Gegenvorschlags entsprechen in etwa dem Erwarteten. So sieht Variante 1 vor, dass die

Bewilligungskriterien auf Gesetzesstufe verankert werden, inklusive der Ausnahme für Länder, die Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzen.

Nicht dem Erwarteten entspricht jedoch die vorgesehene Ausnahmeregelung zugunsten des Bundesrats. Variante 1 des Gegenvorschlags sieht nämlich vor, dass der Bundesrat von den Bewilligungskriterien abweichen kann, falls es «ausserordentliche Umstände»

erfordern. Solche würden gemäss dem Bundesrat unter anderem dann vorliegen, wenn die schweizerische Rüstungsindustrie akut gefährdet wäre. Dies würde bedeuten, dass der Bundesrat per Notrecht Waffen auch an Länder exportieren könnte, die in einen Bürgerkrieg verwickelt sind oder an Länder, welche die gelieferten Waffen gegen die Zivilbevölkerung einsetzen. All das nur, damit die Rüstungsindustrie mehr Geld verdienen kann.

Bessere Variante

Darauf passt nicht einmal Brechts Zitat: «Das Fressen kommt vor der Moral.» Denn um das Fressen geht es dabei nun wirklich nicht. Die Schweiz wäre auch ohne Rüstungsindustrie genau so reich wie heute und niemand hier müsste Hunger leiden. Vielmehr geht es aber darum, skrupellos den Profit zu maximieren. Das der Bundesrat dies zulassen will, verstört und ist

entschieden abzulehnen. Eine immer wieder propagierte «Gefährdung» der schweizerischen Rüstungsindustrie ist kein Grund, Waffen an Bürgerkriegsländer zu liefern! Die neusten Kriegsmaterialexportzahlen zeigen zudem: Die unrühmliche Industrie ist weit weg davon zu verlumpen.

Viel besser ist da die Variante 2 des Gegenvorschlags. Damit würden die Bewilligungskriterien ebenfalls auf Gesetzesstufe geregelt werden, was bei zukünftigen Änderungsplänen des Bundesrats ein Referendum ermöglichen würde. In Variante 2 verzichtet der Bundesrat zudem auf die Ausnahme für Länder, die Menschenrechte verletzen und auch auf eine Ausnahmeklausel zugunsten des Bundesrats.

Für die GSoA und auch für die Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer ist klar, dass die Korrektur-Initiative nur zugunsten von Variante 2 des Gegenvorschlags zurückgezogen werden könnte. Die Korrektur-Initiative verlangt nicht viel – lassen wir uns das Wenige nicht auch noch nehmen!



Einreichung der Korrektur-Initiative vor einem Jahr. (Bild: GSoA)

KAMPFJET-REFERENDUM

Gewinnen ist möglich

Die Corona-Krise hat dazu geführt, dass die Sammelfrist für das Kampfjet-Referendum unterbrochen werden musste. So konnten die über 70'000 Unterschriften erst Mitte Juni eingereicht werden. Die Abstimmung findet aber trotzdem bereits am 27. September statt. Von Lewin Lempert

Die fulminante Sammelphase für das Kampfjet-Referendum wurde durch die Corona-Krise etwas ausgebremst. Während ungefähr einhalb Monaten hat die Bundeskanzlei einen Fristenstillstand verfügt. Dies führte dazu, dass keine Unterschriften gesammelt werden durften und das Referendum erst Mitte Juni eingereicht werden konnte. Doch dies ist nicht weiter schlimm, denn eine bisher unveröffentlichte Umfrage zeigt, dass das Kampfjet-Referendum bei einer Abstimmung durchaus gute Chance

haben könnte. Gemäss einer Umfrage des somo-Instituts lehnten im letzten Herbst 47 Prozent der Bevölkerung den Kauf neuer Luxus-Kampfjets ab. Die Corona-Krise hat zudem aufgezeigt, dass wir uns als Gesellschaft unbedingt auf realistische Bedrohungsszenarien vorbereiten müssen: Auf den Schutz vor Notlagen, Katastrophen und Cyber-Angriffen oder auch auf die Bekämpfung des Klimawandels. Wenn wir aber jetzt milliardenschwere Kampfjets kaufen, fehlt dafür das Geld. Auch wird durch die Corona-Krise klar, dass 24 Milliarden für unnötige Luxus-Jets angesichts steigender Arbeitslosigkeit oder zu tiefer Löhne in systemrelevanten Berufen einen Affront darstellen. Aus diesen Gründen ist die Trägerschaft des Referendums mit Hochdruck daran, die Abstimmung über neue Kampfjets optimal vorzubereiten – für einen Sieg an der Urne!

ANTIPERSONENMINEN

As smart as Donald

Explodierende Antipersonenminen sind meistens tödlich oder verletzen schwer und dauerhaft. Sie treffen oft die Wehrlosesten der Zivilgesellschaft – die Kinder. Die USA verzichtete seit 2014 weitgehend auf die Verwendung und Vermarktung von Minen. Mit Donald Trump am Drücker soll sich nun auch das ändern. Von Judith Schmid

US-Präsident Trump hat in seiner bisherigen Amtszeit viel Unverständliches gemacht – und doch bleibt einem bei neuen Verkündigungen immer wieder der Atem weg. So auch Ende Januar dieses Jahres: Trump will seinen Streit-

kräften neu die Verwendung von Antipersonenminen wieder erlauben. Das US-Militär habe sonst ernsthafte Nachteile, so die Kommunikation aus dem Weissen Haus.

Internationale Ächtung

Mit dem «Mine Ban Treaty» von 1997, bekannter unter dem Namen Ottawa-Konvention, wurde ein erster Schritt in Richtung Ächtung von Antipersonenminen gemacht. Die Konvention verbietet den Einsatz, die Herstellung, die Lagerung und die Weitergabe solcher Minen. Und auch wenn sie, wie viele solche Konventionen, zu wenig weit greift, indem zum Beispiel

Panzer- und andere Minen ausgeschlossen wurden, verringerte sich die Anzahl Opfer von Antipersonenminen innerhalb von 20 Jahren massgeblich.

164 Staaten haben bis heute diese Konvention ratifiziert – nicht dazu gehören neben den Grossmächten China und Russland auch die USA. Auch Barak Obama wollte die Konvention trotz erheblichem Druck nicht ratifizieren. 2014 hat er jedoch die Zerstörung der Bestände angeordnet und seinen Streitkräften die Verwendung von Minen untersagt. Einzige Ausnahme: der Grenzstreifen zwischen Nord- und Südkorea.

«Smarte» Waffen?

Die USA will sich also die Möglichkeit zur Verwendung von Antipersonenminen in «aussergewöhnlichen Umständen» offenlassen.

Das Weisse Haus betont dabei, nur sogenannte «fortschrittliche, sich selbstzerstörende Landminen» einzusetzen, die ZivilistInnen keinen Schaden zufügen sollen. Das klingt in etwa so absurd wie ein gewöhnlicher Tweet Donald Trumps. Denn: intelligente Waffen gibt es nicht. Es gibt keine Garantie vor Blindgängern und es gibt keine Garantie, dass sie sich plangemäss selbst zerstören. Dafür sind die Berichte zahlreich, in denen Nichtregierungsorganisationen dokumentieren, dass eben genau solche «selbstzerstörenden» Waffen weltweit töten, verletzen und die betroffenen Zivilbevölkerungen in Angst und Schrecken versetzen.

EU-AUSSENGRENZE

Fluchtursachen statt Flüchtende bekämpfen!

Innere Aufrüstung und geschlossene Aussengrenzen – so lässt sich die Sicherheitspolitik der EU der letzten Jahre zusammenfassen. Leidtragend sind die Schutzsuchenden, die damit ausgesperrt werden sollen. Von Nadia Kuhn

Es sind verstörende Szenen, die sich an der Aussengrenze Europas abspielen: Nachdem die Türkei erklärte, schutzsuchende Menschen bei ihrer Flucht nach Europa nicht mehr aufzuhalten, machten sich mehrere tausend Menschen auf den Weg nach Griechenland. Die Sicherheitskräfte an den Grenzen setzten Blendgranaten und Tränengas ein, um die Flüchtenden zurückzudrängen. Ärzte ohne Grenzen berichtet von einem Mitarbeiter der griechischen Küstenwache, der mit einer Pistole auf ein Boot voller Kinder, Frauen und Männer gezielt habe. Videos von Motorboten, die absichtlich Schlauchboote voll mit Flüchtenden zum Kentern bringen wollen, machten die Runde. Verstörender noch als diese Bilder waren jedoch die Reaktionen der Regierungen Europas. Im Angesicht dieser humanitären Katastrophe erklärte etwa die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, man werde die europäischen Aussengrenzen «mit allen nötigen Massnahmen» schützen. Ausserdem dankte sie Griechenland dafür, der «europäische Schild»

zu sein und forderte das Land auf, die Stellung zu halten. Mit dieser kriegerischen Rhetorik wird suggeriert, die schutzsuchenden Menschen an der Grenze seien gefährlich – eine Bedrohung für die EU.

Einfache Abschiebung durch «Migrationspakete»

Diese Reaktion reiht sich nur zu gut in die Entwicklung der Sicherheitspolitik der EU in den letzten Jahren ein. Nebst der inneren Aufrüstung, die durch den europäischen Verteidigungs-Aktionsplan und PESCO konsequent vorangetrieben werden, stehen dabei die Sicherung und die Vorverlagerung der europäischen Aussengrenzen im Fokus. Schutzsuchende Menschen sollen erst gar nicht nach Europa gelangen, sondern bereits an den Aussengrenzen zurückgehalten werden. Zentral für diese Strategie sind die sogenannten Migrationspakete mit Drittstaaten an den Aussengrenzen der EU.

Als Blaupause eines solchen Paktes kann wohl der EU-Türkei-Deal bezeichnet werden, der im März 2016 unterzeichnet wurde. Zentraler Bestandteil des Abkommens ist, dass Flüchtende, die aus der Türkei nach Griechenland gelangen, nach einem schnellen pro forma-Verfahren wieder in die Türkei abgeschoben werden. Gemäss dem Deal können aber nur Menschen abgeschoben werden, die nie europäisches



In Vollmontur gegen Schutzsuchende – besorgniserregende Szene in Mytilini, Lesbos. (Bild: Jojo Schulmeister)

Festland betreten haben. Dieses Abkommen ist somit auch der Grund für die hoffnungslos überfüllten Lager auf den griechischen Inseln, in denen mehr als 42'000 Asylsuchende unter unmenschlichen Bedingungen ausharren müssen. Seit 2009 wurden fast 1,3 Milliarden Euro allein in die Forschung zur Grenzkontrolle und

zur Abwehr von MigrantenInnen gesteckt. Gleichzeitig musste das italienische Flüchtlingsrettungsprogramm «Mare Nostrum», das jährlich 100 Millionen kostete, eingestellt werden – weil die EU finanzielle Hilfe verweigerte. Dabei wäre es endlich Zeit, dass statt Flüchtenden die Fluchtgründe bekämpft werden!

KRIEGSMATERIAL

Waffenexporte ohne Ende

Die Schweizer Waffenexporte scheinen wieder auf ein neues Exporthoch zuzusteuern. Und im selben Moment finden sich Schweizer Waffen, die in die Türkei exportiert wurden, nun in Libyen. Von Adi Feller

Ein türkisches Schiff entlädt Waffen in einem Hafen. An sich keine besondere Ansicht. Doch der Hafen liegt in Libyen und eigentlich gilt ein Waffenembargo der UNO für dieses Land. Den türkischen Präsidenten Erdogan scheint dies jedoch nicht besonders zu stören, türkische Truppen und Waffen werden in Tripoli angelandet, um eine der Fraktionen im kom-

plexen Bürgerkrieg zu unterstützen. Mit dabei sind auch 35mm Kanonen der Schweizerischen Oerlikon Bührle, der heutigen Rheinmetall Air Defence.

Es ist nicht das erste Mal, dass Schweizer Waffen in Libyen auftauchen. Neben Munition der Ruag oder einem Granatwerfer von B&T wurden auch bereits Oerlikon-Kanonen im Bürgerkriegsland gesichtet. Flugabwehrkanonen lassen sich eben auch gut gegen Bodenziele einsetzen, beispielsweise gegen Häuser mit ZivilistInnen drin. Und so zeigt sich wieder einmal, dass die Schweiz über jegliches Kriegsmaterial, das sie exportiert, schlicht und ein-

fach keine Kontrolle hat. Wer also mit Garantie verhindern möchte, dass Waffen in falsche Hände geraten, der muss verhindern, dass sie überhaupt erst exportiert werden.

Massiv gestiegene Exporte

Doch danach, dass sich die Exporte von Kriegsmaterial aus der Schweiz in diese Richtung entwickeln, sieht es momentan leider nicht aus. Im ersten Quartal 2020 exportierte die Schweiz gemäss kürzlich publizierten Zahlen des Seco für fast 400 Millionen Franken Kriegsmaterial. Dazu gehörten Exporte über 111 Millionen Franken nach Indonesien, einem Land dem immer wieder gravierende Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Dies bedeutet eine Steigerung der Waffenex-

porte im ersten Quartal um 220% im Vergleich zum Vorjahresquartal und bereits mehr als die Hälfte der Gesamtexporte des letzten Jahres. Sollten sich die Zahlen sich so weiter entwickeln, wonach es aktuell aussieht, steht uns möglicherweise ein trauriges neues Rekordhoch an Kriegsmaterial-Exporten bevor. Und dies nachdem die Rüstungsindustrie in den letzten Monaten und Jahren immer darüber gejammert hatte, wie schlecht es ihr doch gehe und wie wenig Aufträge sie doch habe. Wir werden sehen, wie diese Zahlen die parlamentarischen Diskussionen rund um den Gegenvorschlag zur Korrektur-Initiative beeinflussen werden. Wir werden alles daransetzen, dass die Exporte nicht in diesem Ausmass weitergehen können.

SPIONAGE

Crypto-Affäre reloaded

Die Crypto-Affäre brachte ans Licht, wie die Schweiz über Jahrzehnte ausländische Geheimdienste bei deren Spionagetätigkeiten unterstützte. Wer nun glaubt, dass dies heute nicht mehr passiert, irrt sich. Es geht genau gleich weiter, einfach mit anderen Technologien.

Von Martin Parpan

Wenn Mobiltelefone benutzt werden, dann kommunizieren diese ständig mit Handy-Antennen. Nun kann zwischen Mobiltelefon und Handy-Antenne ein sogenannter IMSI-Catcher geschaltet werden. Das Handy identifiziert diese IMSI-Catcher als normale Handy-Antenne, mit dem Resultat, dass die Kommunikation abgehört oder gar gestört werden kann. Nun kann es durchaus Sinn machen, Kommunikation abzu hören, beispielsweise wenn darum geht, Terroranschläge zu verhindern. Dies ist leider aber nicht der einzig mögliche Verwendungszweck der Abhörsoftware. Die Gefahr besteht, dass Staaten die Technologie nutzen, um etwa Regime-GegnerInnen abzuhören bzw. zu überwachen. Mit anderen Worten können demokratische Grundprinzipien mit der Abhörtechnik ausgehebelt werden. Die Schweiz stellt solche IMSI-Catcher her – und will sie natürlich an möglichst viele Abnehmer verkaufen. Damit

verhindert werden kann, dass mit diesen Technologien Menschenrechte und Demokratie verletzt werden, wurde im Nationalrat ein Vorstoss eingereicht: Der Bund sollte, so die Forderung, vor jeder Exportbewilligung von Über-

wachungstechnologie prüfen, ob das Zielland Grundrechte verletzt oder die Technologie zur Repression benutzt werden könnte. Wer die Listen jener Länder prüft, die in den letzten Jahren von Schweizer Firmen beliefert wurden, dem wird rasch klar, dass es sehr wohl notwendig wäre, diese Geschäfte kritischer zu hinterfragen. Rund drei Viertel der Exporte gingen an die Staaten Pakistan, Kuwait, Indo-

nesien, Vietnam und Katar. Alles Länder, die in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Pressefreiheit ganz schlecht dastehen.

Was kümmern uns Menschenrechte im Ausland

Die Ratsrechte wollte von einer Verschärfung allerdings nichts wissen. Die Argumente gegen eine Verschärfung sind deckungsgleich mit jenen, die gegen schärfere Regeln bei der Kriegsmaterialausfuhr genannt werden: Schärfere Kontrollen würden dazu führen, dass dieser Industriezweig praktisch zu Erliegen kommen würde. Dies hätte zur Folge, dass die Firmen ins Ausland abwandern. Einmal mehr werden wirtschaftliche Interessen über Menschenrechte gestellt. Man hat den Eindruck, dass die Crypto-Affäre bei der bürgerlichen Mehrheit keinerlei Lerneffekt ausgelöst hat. Das Sprichwort «ist der Ruf einmal ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert» passt zu dieser Art von Politik, welche sich durch Ignoranz und Scheinheiligkeit auszeichnet. Ignoranz deshalb, weil auch die Ratsrechte sehr wohl weiss, dass die exportierte Technologie auch gegen Menschen eingesetzt wird. Scheinheilig deshalb, weil dieselben PolitikerInnen an ihren Sonntagsreden Demokratie als Grundwert in den höchsten Tönen loben. Wenn Demokratie in anderen Staaten mit gütlicher Hilfe von Schweizertechnologie unterdrückt wird, dann erinnert man sich nicht mehr daran. Die Sonntagsrede richtet sich bekanntlich an das eigene Volk.



CRYPTO AG

Crypto-Neutralität

Im Februar kam aus, dass die Zuger Crypto AG der CIA und dem BND gehört hatte und, dass mindestens ein Bundesrat darüber im Bild gewesen war. Von Josef Lang

Im Abstimmungskampf um die Schweiz ohne Armee lautete ein Einwand gegen die GSoA-Initiative, das Haager Abkommen von 1907 beinhalte die rechtliche Verpflichtung zur bewaffneten Neutralität. Damit verletze die Abschaffung der Armee Abkommen und Neutralität. Als nun aber im Februar 2019 dank den Crypto-Leaks auskam, dass die Zuger Firma, welche manipulierte Verschlüsselungsgeräte produziert hatte, 1970 vom US-amerikanischen Nachrichtendienst CIA und dem deutschen

Nachrichtendienst BND gekauft worden war, tönnte es aus bürgerliche Kreisen, man habe immer gewusst, dass die Neutralität etwas Relatives war.

Neutralität verletzt und missbraucht

Diese Antwort ist nicht nur zynisch, sondern auch arg verharmlosend. Die Benützung des schweizerischen Territoriums für Nato-Staaten ist eine Verletzung von Artikel 301 des Strafgesetzbuches, der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Nachrichtendienst für einen fremden Staat verbietet. Verschärfend kommt dazu, dass die zugunsten des CIA und des BND manipulierten Geräte nur Kunden fanden, weil diese der Neutralität der Schweiz vertrauten.

Die Crypto AG belieferte rund 120 Länder, vor allem blockfreie, die weder Washington noch Moskau trauten. So konnten der CIA und der BND seit den frühen 1970er Jahren Staaten wie Ägypten, Iran oder Argentinien abhören. Im Fall von Ägypten half das, die arabische Seite bei den Camp-David-Verhandlungen über den Tisch zu ziehen. Besonders dramatisch ist der Fall Argentinien. Die westlichen Staaten – auch die deutsche Schmidt-Regierung – wussten, dass die faschistoiden Militärs Tausende von Oppositionellen folterten und aus Flugzeugen in die hohe See werfen liessen. Diese Beispiele zeigen, wieviel von den sogenannten «westlichen Werten» zu halten ist.

Zuerst CVP-, dann FDP-Firma

Einer der wichtigsten Crypto-Kunden war Südafrika. Die Belieferung des Apartheidregimes, von dem die Zuger Linksalternativen 1982 er-

fuhren, war der Anlass, die Steinhauser Fabrik etwas genauer anzuschauen. Wir entdeckten, dass die Firma eine Schwäche für CVP-Stadtpäsidenten hatte. Die CVP war 1952 bis 2002, teilweise zu zweit, im Verwaltungsrat vertreten. 1970 bis 2002 stellte sie deren Präsidenten. Dann wechselte die Firma zur FDP. Georg Stucky, langjähriger Regierungsrat und Nationalrat, gehörte dem Verwaltungsrat 1992 bis 2016 an und stand diesem 2002 bis 2016 vor.

Es war Nationalrat Stucky, der 1994 Bundesrat Villiger darüber informierte, dass die Crypto dem CIA gehörte. Ein Jahr zuvor hatte der freisinnige Chef des Militärdepartements gegen die GSoA den Kauf des US-amerikanischen F/A-18-Kampffjets durchgebracht. Villiger hat – anders als Medien berichteten – dieses Frühjahr nie abgestritten, über das Verhängnis von Crypto und CIA nicht informiert gewesen zu sein. Sein Dementi war ein relatives: Die Informationen würden «in dieser Form» nicht stimmen. Anfangs dieses Jahres war es Villiger, der Stucky telefonisch über die zu erwartenden Crypto-Leaks informierte.

Die Bundespolizei, welche damals den «Gerüchten» über eine Crypto-Beteiligung ausländischer Geheimdienste nachging, hatte offensichtlich kein Interesse, dafür eine Bestätigung zu finden. Der damalige Untersuchungsleiter Jürg Bühler ist heute Vizechef des Nachrichtendienstes. Dass der Bundesrat letztes Jahr ahnte, was auf ihn zukommt, zeigt ein positiver Beschluss, den der Volkswirtschaftsminister Guy Parmelin im Dezember 2019 gefasst hat: Der Nachfolgefirma der 2018 aufgelösten Crypto wurde die Generalausfuhrbewilligung sistiert. Eine Frage, die bislang etwas untergegangen ist, soll hier am Schluss noch aufgeworfen werden: Erhärtet die Crypto-CIA/BND-Geschichte nicht den Verdacht, dass die Geheimtruppe P-26 doch enger mit der Nato verbunden war? Auch hier geht's um die Neutralität.



BUCHTIPP

«Demokratie in der Schweiz» von Jo Lang

(j) Das Buch über die Geschichte der Demokratie in der Schweiz des langjährigen GSoA-Mitglieds Jo Lang behandelt auch Fragen zu Armee und Militarismus, Pazifismus und Antimilitarismus. Ein besonderes Gewicht legt es im Kapitel «Uniform und Laufgitter» auf den Zusammenhang von Geistiger Landesverteidigung und Ausgrenzung der Frauen sowie deren Krise und die Annahme des Frauenstimmrechts 1971. Grossen Raum nehmen auch die fünf Jahre zwischen 1987 (Ja zur Rothenturm-Initiative) und 1992 (Ja zum Zivildienst) mit dem Höhepunkt der GSoA-Abstimmung 1989 ein.

FICHE

Morgenrapport des NDB vom 21.10.2013: «Sieg über GSOA Initiative hat [...] sehr gefreut; [...]»

Nachdem unsere FreundInnen von grundrechte.ch gemeinsam mit weiteren Organisationen aufgedeckt hatten, dass der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) politische Organisationen illegal überwacht, hat auch die GSoA ein Einsichtsgesuch gestellt. Die Fiche ist nun endlich da.
Von Michael Christen

Nach einem guten halben Jahr erhielten wir endlich eine Antwort des NDB. Im beigelegten Schreiben steht prominent, dass die GSoA nicht als Objekt (umgangssprachlich «Fiche») erfasst sei. Sie werde somit weder überwacht noch «fichiert». Diese «Nicht-Fiche» hat einen Umfang von 49 Seiten.

Bei genauerem Durchlesen der «nicht-Fiche» stellt man fest, dass der NDB lediglich einige illustrative Einträge geschickt hat. Von den 951 in der Datenbank «GEVER NDB» eingetragenen Dokumenten, erhielten wir lediglich Auskunft über 18 Dokumente.

Die Einträge des NDB lesen sich wie ein Auszug aus der Chronik der GSoA-Geschichte. So

ist beispielsweise einem Eintrag zu entnehmen, dass die GSoA am Gurtenfestival 2010 präsent war und Unterschriften gesammelt hat oder, dass GSoA-AktivistInnen 2004 an der BEA in Bern Flyer verteilt haben.

Aber auch Tipps für künftige Aktionen sind den Dokumenten zu entnehmen. So hat die Kantonspolizei Bern beispielsweise damit gerechnet, dass am Eidgenössischen Schwing- und Älplerfest 2013 in Burgdorf die Anwesenheit von Bundesrat Ueli Maurer und der Patrouille Suisse die GSoA dazu bewege, vor Ort eine Aktion zu machen. Auch sei es bei einer Standardübergabe im Jahr 2017 nicht auszuschliessen, dass sich «Exponenten der GSoA» am Veranstaltungsort einfinden könnten.

Nach Durchsicht dieser «Nicht-Fiche» fällt einiges auf. So ist praktisch jede bewilligte und spontane Aktion der GSoA inkl. Anzahl teilnehmender Personen vermerkt. Bei der Risikoeinschätzung haben wir aber noch einmal Glück gehabt: Da steht jeweils «LOW RISK». Zudem werden auch unsere Social Media-Auftritte fleissig überwacht. Am 16.04.2018 haben

GSoA Bern: Teilsieg vor Bundesgericht

(mc) Mit über 20 Organisationen und Privatpersonen hat die GSoA Bern unter Federführung der Demokratischen JuristInnen Bern (djb) vor dem Bundesgericht eine Beschwerde gegen das neue kantonale Polizeigesetz eingereicht. Angefochten wurden die Bestimmungen gegen die Kostenüberwälzung bei Kundgebungen und Veranstaltungen, die Sonderjustiz gegenüber Fahrenden (Lex Fahrende), die Observation mit technischen Überwachungsgeräten und die automatische Strafandrohung bei Wegweisungen. Bei drei von vier Punkten gab es einen Sieg. Einzig die Kostenüberwälzung bei Kundgebungen war bei den fünf Richtern unbestritten. Sobald die schriftliche Urteilsbegründung vorliegt, werden die Beschwerdeführenden entscheiden, ob das Urteil an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg weitergezogen wird. Urteil 1C_181/2019 vom 29. April 2020

wir beispielsweise auf Facebook Bundesrat Schneider-Amman kritisiert. Offensichtlich kann der NDB zudem nicht mit politischen Kampagnen unabhängig von Initiativen oder Referenden umgehen. Unsere «Ausgeschos-

sen!»-Kampagne aus dem Jahr 2015 hat es beispielsweise in das «Internetmonitoring Linksextremismus» geschafft. Mittlerweile haben wir ein ergänzendes Einsichtsgesuch gestellt. Fortsetzung folgt.

GREGOR,
das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube:
www.youtube.com/user/GregorsGunTV



Impressum

Redaktion: Aline Bressoud (ab), Thomas Bruchez (tb), Michael Christen (mc), Nicolas Félix (nf), Adi Feller (af), Magdalena Küng (mk), Nadia Kuhn (nk), Josef Lang (jl), Moritz Lange (ml), Lewin Lempert (ll), Oger (og), Martin Parpan (mp), Kishor Paul (kp), Laura Riget (lr), Judith Schmid (js, verantwortlich), Tobia Schnebli (ts), Andreas Weibel (aw)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili **Übersetzung:** Catherine Jost **Druck:** ROPRESS Zürich
Bild S. 3: wikimedia.org: File:Middle_East_respiratory_syndrome-related_coronavirus.jpg

Auflage: 18'800, mindestens viermal jährlich **Mitgliederbeitrag (inkl. Zittigs-Abo) Verdienende Fr. 100.-/ Nicht- verdienende Fr. 50.-** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- PC-Konto: PC 40-37315-5
Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN! JETZT MATERIAL BESTELLEN



Anzahl

_____	Baumwolltasche
_____	Kleber deutsch
_____	Kleber französisch
_____	Kleber italienisch
_____	Button
_____	Fahne (Vorbestellung) Lieferung Mitte August

Wir versenden das Kampagnen-Material kostenfrei, freuen uns aber über jede Spende!



Name _____

Vorname _____

Strasse _____

Nr. _____

PLZ _____

Ort _____

Tel. _____

E-Mail _____

Ich werde GSoA-Mitglied

Verdienende Fr. 100.- Nichtverdienende Fr. 50.-

Spende

Fr. Fr. 50.- Fr. 20.- Fr. 10.-

Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich